

Sachdokumentation:

Signatur: DS 201

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/201



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



der Aushöhlung der Gemeindeautonomie

Flaach, 23. Mai 2016

PRESSECOMMUNIQUÉ

Persönlichkeiten aus Behörden und Politik wehren sich gegen die Aushöhlung der Gemeindeautonomie

Über 50 Persönlichkeiten senden dem Bundesrat einen Protestbrief

Es ist eine beunruhigende, die Staatssäulen unseres Landes untergrabende Entwicklung: Obwohl von Volk und Ständen demokratisch getroffene Volksentscheide vorliegen, die unkontrollierte Zuwanderung zu begrenzen und obwohl der einer wahren Völkerwanderung gleichende Zustrom grösstenteils nicht asylberechtigter Migranten viele Gemeinde überfordert, weigert sich der Bundesrat, geltendes Recht umzusetzen und wirksame Massnahmen gegen die illegale Migration einzuleiten. Die Auswirkungen werden – ohne dass für solches Vorgehen eine Rechtsgrundlage bestünde – in erster Linie auf die Gemeinden abgewälzt. Die zuwanderungsbedingte Ausweitung der Sozialhilfe bringt für die Schweizer Gemeinden eine besorgniserregende Belastung mit sich, welche die in Art. 50 der Bundesverfassung gewährleistete Gemeindeautonomie ernsthaft bedroht.

Die Sozialhilfe erfuh in sehr vielen Gemeinden bereits in den zurückliegenden Jahren überproportionale, die Finanzen stark belastende Beanspruchung. Seit dem faktischen Zusammenbruch der in der EU vertraglich vereinbarten Schengen/Dublin-Ordnung unter dem Druck hunderttausender nach Westeuropa drängender Asylbegehrender sind die Sozialhilfeausgaben für viele Gemeinden kaum noch zu stemmen – viele Gemeinden sind regelrecht «am Anschlag».

Um auf diese unhaltbare Entwicklung hinzuweisen, schlugen Persönlichkeiten aus Behörden und Politik Alarm. Mit einem Protestbrief wenden sie sich an den Bundesrat, um auf die unhaltbare Entwicklung in den Gemeinden hinzuweisen. Bis am 23. Mai 2016 haben den vor knapp einer Woche formulierten Brief bereits 56 Amtsträger unterzeichnet. Die Werbung um weitere Unterzeichner wird fortgesetzt mit dem Ziel, Anfang Juli 2016 den Protestbrief in Bern möglichst breit abgestützt zu überreichen.

Überparteiliches Komitee «Nein zur Aushöhlung der Gemeindeautonomie»